

Seit Jahrzehnten gibt es in den Philippinen willkürliche Verhaftungen, fingierte Anklagen, Verschwindenlassen, Folter und extralegale Tötungen durch Sicherheitskräfte bzw. staatliche Gewalt. Trotz kleiner Fortschritte bleibt die Menschenrechtssituation eine Herausforderung, da dysfunktionale staatliche Strukturen die Straflosigkeit begünstigen. Konflikte mit der kommunistischen Linken¹ und der muslimischen Freiheitsbewegung² führen seit langem zu Binnenvertreibung und tausenden Toten. Extralegale Tötungen im sogenannten „Krieg gegen die Drogen“ halten an. Zugleich verursachen Konflikte um Ressourcen, Infrastruktur und Entwicklung seit langem Menschenrechtsverletzungen (MRV).



Foto: Dyan Gumanao

40 Jahre Menschenrechte

Mit dem friedlichen Sturz der Marcos-Diktatur 1986 und damit dem Ende der autoritären Herrschaft von Ferdinand Marcos Sr., der die Philippinen durch Wahlbetrug, Korruption und massive MRV (3.257 extralegale Morde, 35.000 Opfer von Folterungen, 70.000 Verhaftungen) prägte, entstand neue Hoffnung. Die People Power Revolution wurde von der Opposition, den Kirchen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und der breiten Bevölkerung getragen. Bis heute wichtige NGOs gründeten sich, dazu zählen TFDP (1974) und PAHRA (1986).

Corazon Aquino (1986-1992)

Die neugewählte Präsidentin Aquino verkörperte die Hoffnung auf Demokratie und Menschenrechte. Zu Beginn ihrer Amtszeit ließ sie 500 politische Gefangene frei, führte das Recht auf Haftprüfung ein, versuchte, die zivile Kontrolle des Militärs wieder herzustellen, setzte die Todesstrafe außer Kraft, installierte die Menschenrechtskommission (CHR), hob die Pressezensur auf, ratifizierte den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und veranlasste die Erarbeitung einer demokratischen Verfassung, die 1987 verabschiedet wurde. Seit den 1960er Jahren traten die Philippinen sukzessive allen wichtigen internationalen Abkommen und Verträgen für Menschenrechte bei, deren Umsetzung bislang scheitert. Aquino repräsentierte die Machtelite, bestehend aus Großfamilien und Marcos-Anhänger:innen, die weiterhin wichtige Positionen in Politik und Staatsapparat bekleideten; ihnen fehlte der politische Wille, die Demokratie des Landes zu gestalten. So begingen das Militär und Sicherheitskräfte kurze Zeit später erneut politische Morde, ohne Strafverfolgung. Auch erklärte die Präsidentin Anfang 1987 den *totalen Krieg*³

¹ Die kommunistische Linke – kommunistische Partei (CPP) und die National Democratic Front of the Philippines (NDFP) – und ihr bewaffneter Arm, New People's Army (NPA), kämpfen für einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft.

² Separatistische Bemühungen der muslimischen Bevölkerung Mindanaos gehen bis ins 16. Jahrhundert zurück, zu den wichtigsten Organisationen der muslimischen Freiheitsbewegung zählen die Moro National Liberation Front (MNLF) und die Moro Islamic Liberation Front (MILF).

³ *All-out war* ist ein Slogan, in der Praxis setzt die Regierung alle Kapazitäten in Bewegung und geht gegen Aufständische, Oppositionelle und Widersacher:innen vor.

gegen die NPA und kommunistische Sympathisant:innen.

Fidel Ramos (1992-1998) & Joseph Estrada (1998-2001)

Die Übernahme des Präsidentenamts durch Aquinos Verteidigungsminister und Marcos Polizeichef Fidel Ramos änderte nicht die unzureichende Strafverfolgung bei MRV. Ramos führte 1992 Friedensgespräche mit der NDFP und der MNLF, woraufhin staatliche Gewalt in der Aufstandsbekämpfung abnahm. Jedoch veränderten sich die *MRV im Zuge der Globalisierung* des Landes (Öffnung für Welthandel und Investment): Immer mehr Aktivist:innen, die gegen den Bau von Plantagen, Gebäuden, Infrastruktur, Gewerbegebieten, etc. und für die Rechte von Marginalisierten (z.B. Bäuer:innen, Indigene) eintraten, wurden nun Opfer von MRV durch Militär, Sicherheitskräfte, Privatarmeen und angeheuerten Täter:innen. Die Regierung von Joseph Estrada brach vorherige Friedensbemühungen ab, erklärte 2000 den totalen Krieg gegen die MILF und schickte tausende Soldat:innen nach Mindanao. Die NGO Karapatan wurde 1995 gegründet.

Gloria Macagapal-Arroyo (2001-2010)

Unter der Präsidentschaft von Macagapal-Arroyo verschlechterte sich die Menschenrechtslage drastisch, es kam zu 1.206 Morden, 206 Opfern gewaltsamen Verschwindenlassens, tausenden konstruierten Anklagen und Bedrohungen von politischen Aktivist:innen, Journalist:innen und Gewerkschafter:innen. Die Regierung nahm Friedensverhandlungen mit der MILF und NDFP auf, die jeweils zu keinem Ergebnis führten. 2006 erklärte die Regierung den *totalen Krieg* und stellte 15 Mio. Euro / 1 MRD PHP für die *Zerschlagung des kommunistischen Aufstands* bereit. Der Armeegeneral Jovito Palparan Jr. unterstützte die Regierung und war berüchtigt für sein brutales Vorgehen gegenüber Aktivist:innen. Überall dort, wo er stationiert war, häuften sich Morde und das Verschwindenlassen von Zeug:innen und Aktivist:innen. Beim Maguindanao-Massaker 2009 wurden 58 Menschen, darunter 32 Journalist:innen, vom Drahtzieher Gouverneur Andal Ampatuan Sr.

und seinen Gefolgsleuten ermordet; das Maguindanao-Massaker zählt zum größten Massaker an Journalist:innen. Viele Kampagnen gründeten sich in dieser Zeit im In- und Ausland, um die MRV aufzudecken, wie z.B. das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, 2007.

Benigno Aquino (2010-2016)

Unter Präsident Benigno Aquino verringerte sich die Zahl politischer Morde, allerdings nahmen die *Tötungen von Umwelt- und Landrechtsaktivist:innen* zu. Zudem stieg die Zahl *systematischer Einschüchterungsversuche und fabrizierter Anklagen* gegen Aktivist:innen; viele Betroffene mussten untertauchen. Aquinos Regierung nahm die Friedensgespräche mit der MILF wieder auf, die in einem *Rahmenabkommen mit der Bangsamoro Region* sowie weiteren Abkommen wie dem Bangsamoro Basic Law (BBL) mündeten. Die 2011 wiederaufgenommenen Friedensgespräche mit der CPP-NPA-NDFP gerieten jedoch immer wieder ins Stocken. Im November 2011 ratifizierten die Philippinen das Römische Statut und traten somit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei.

Rodrigo Duterte (2016-2022)

Duterte verkündete schon bei seiner Wahlkampagne, Frieden mit der CPP-NPA-NDFP zu schließen, Frieden in der Bangsamoro Region zu unterstützen und tausende von Drogensüchtigen und -kriminelle zu töten. Die Belagerung Marawis in Mindanao 2017 durch die jihadistische Maute-Gruppe führte zu massiven Kämpfen, Bombardierung durch das Militär, Zerstörung und Evakuierungen im Stadtgebiet. Er setzte sich im *Friedensprozess um Bangsamoro* für die Ausarbeitung des Bangsamoro Organic Law (BOL) und dessen Ratifizierung 2019 ein, was die Autonome Region Bangsamoro in Muslim Mindanao (BARMM) rechtlich sicherstellte. Friedensgespräche mit kommunistischen Gruppen wurden zügig aufgenommen, scheiterten jedoch Ende 2017; stattdessen wurden die *CPP und NPA formell als terroristische Gruppe* eingestuft. 2018 richtete die Regierung die *National Task Force to End Local Communist Armed Conflict (NTF-ELCAC)* ein, um die anhaltende kommunistische Rebellion zu bekämpfen. MRV, Morde und Schikane nahmen durch die NTF-ELCAC zu. Mit der „red-tagging“ Praxis diffamiert die NTF-ELCAC engagierte und oppositionelle Bürger:innen systematisch als Staatsfeinde und brandmarkt sie als NPA-Unterstützer:innen; „red-tagging“-Betroffene werden häufig Opfer falscher Anschuldigungen, was bis hin zu extralegalen Tötungen führt. Das 2020 verabschiedete *Anti Terrorism Act (ATA)* beinhaltet eine fragwürdige Terrorismusdefinition und setzt den Anti-Terrorismus Council ein, um Individuen und NGOs zu „Terrorist:innen“ zu erklären und diese ohne Haftbefehl inhaftieren zu können. Direkt nach Bekanntgabe von Dutertes Wahlsieg begannen massenhafte Polizeioperationen und Tötungen von mutmaßlichen Kriminellen. In Dutertes Amtszeit wurden die Tötungen systematisch geplant und durchgeführt, über 27.000 Menschen zählen nach Schätzungen der CHR zu den Opfern des „*Kriegs gegen die Drogen*“. Die Regierung weigerte sich, die Ermittlungen des IStGH zu unterstützen, und trat zu März 2019 aus dem Rom-Statut aus. Die Morde und Razzien des „*Kriegs gegen die Drogen*“ gingen weiter. Die Deutsche Botschaft besetzte in Manila die Position des

Menschenrechtsattachés; gleichzeitig initiierte die Bundesregierung das Schutzprogramm (Elisabeth Selbert Initiative), das bereits einige Menschenrechtsverteidiger:innen unterstützte.

Ferdinand Marcos Jr. (2022-)

Der amtierende Präsident Marcos Jr. hat die Menschenrechtsprobleme des Landes nicht gelöst; trotz seiner diplomatischen Rhetorik geht er nicht gegen frühere bzw. anhaltende MRV vor und führt die Straflosigkeit fort. Die NTF-ELCAC wurde weiterhin nicht aufgelöst, auch der ATA bleibt bestehen und „red-tagging“ ist weiterhin ein gängiges Repressionsmittel. Die Praxis des *gewaltsamen Verschwindenlassens* hat zugenommen und gilt als politisch motivierte Maßnahme gegen Aktivist:innen. Eine Vielzahl *konstruierter Anklagen wegen Verstößen gegen Terrorismusfinanzierungen* wurden gegenüber NGOs erhoben. Den NGOs wird vorgeworfen, Mitglieder der NPA zu sein oder diese finanziell zu unterstützen. Die Gerichtsprozesse gegen NGO-Mitarbeitende ziehen sich aufgrund des dysfunktionalen Rechtsstaats in die Länge und sind kostspielig und zeitintensiv; Angeklagte werden zudem verleumdet und können ihrer Arbeit kaum mehr nachkommen. Der „Krieg gegen die Drogen“ geht in geminderter Form weiter. Seit Marcos Amtsantritt wurden 1.007 drogenbezogene Tötungen dokumentiert. Marcos Jr. unterzeichnete *den internationalen Haftbefehl gegen Duterte* im März 2025 und ließ den ehemaligen Präsidenten an den IStGH in Den Haag überstellen.

Seit vielen Jahren sind die Menschenrechtsprobleme der Philippinen ungelöst. In jeder Präsidentschaft gab es bisher viele MRV, die weitgehend straffrei geblieben sind. Die Philippinen gelten 2025 als eines der gefährlichsten Länder für Landrechts- und Umweltaktivist:innen in Asien, der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft ist stark eingeschränkt und Journalist:innen werden massiv eingeschüchert. Trotzdem gibt es Mutige, die sich nicht unterkriegen lassen. Eine bunte und vielfältige Zivilgesellschaft setzt sich für den Umweltschutz, demokratische Werte und die Einhaltung der Menschenrechte ein.

Quellen & weiterführende Literatur

- A. Beringer, H. Wolf (2025): Große Worte, k(l)eine Taten – Menschenrechte unter Präsident Ferdinand Marcos Jr.. In: R. Werning, J. Schwiager (Hrsg.): Die Philippinen. Von Marcos zu Marcos, S. 69-73.
- Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Berichte zur Menschenrechtssituation in den Philippinen: <https://amp.ngo/publikationen/> (Menschenrechte in den Philippinen unter Marcos Jr., 2024; Menschenrechte in den Philippinen, 2022; Menschenrechte in den Philippinen unter Duterte, 2019).
- H. Wolf: (2014): Zwischen den Fronten. In: R. Werning, N. Reese (Hrsg.): Handbuch Philippinen, 5. Auflage, S. 379-384.
- Human Rights Watch: Philippines (2009): Massacre Shows Arroyo's Failure to Address Impunity, <https://www.hrw.org/news/2009/11/24/philippines-massacre-shows-arroyos-failure-address-impunity>
- J. Range, S. Range (2009): Mit Marcos war nicht alles vorbei. In: R. Werning, N. Reese (Hrsg.): Handbuch Philippinen, 2. Auflage, S. 278-286.

Herausgeber:
philippinenbüro e.V.
Hohenzollernring 52, 50672 Köln
www.philippinenbuero.de

Ökumenische Philippinen Konferenz
c/o Karl Schönberg
Bernhardstr. 153a, 50968 Köln